

SPD - Vor Ort

Informationen der Abteilung 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg - Wilmersdorf
Nr. 24 für den Wahlkreis 4 Frühjahr 2013

Frühling in Berlin

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

nach einem schier endlos erscheinenden Winter mit Schneefall bis in den April hinein ist es nun auch in Berlin endlich Frühling geworden! Die Cafés stellen ihre Tische wieder nach draußen, und es sitzt sich schön in der Sonne an so manchem lauschigen Plätzchen in der City-West, sei es am Kurfürstendamm oder in einer der Nebenstraßen.

Unübersehbar geht es auch mit dem Baugeschehen im Bezirk voran. Das Haus Cumberland, das vor fast 100 Jahren als Luxushotel eröffnet wurde, jedoch nach seinem baldigen Konkurs über Jahrzehnte mit wenig adäquaten Büronutzungen und zuletzt durch Leerstand auffiel (wir berichteten), ist nun zu neuem Leben erwacht und wieder ein Glanzstück am Kurfürstendamm geworden. Das Amerika Haus in der Hardenbergstraße wird zurzeit gerade für die renommierten Fotoausstellungen der "C/O Berlin" hergerichtet, die aus Berlin-Mitte in die City West zieht und mit dem Fotomuseum sowie der Newton-Foundation in der Lebensstraße einen neuen Schwerpunkt der Fotografie in Berlin bilden wird. Am Breitscheidplatz hat das Zoofenster mit dem Waldorf-Astoria-Hotel soeben eröffnet und gegenüber auf dem Areal des "Bikini Berlin" mit dem Zoopalast schreiten die Bauarbeiten zügig voran.

Auch am Kudamm-Karree soll es nun endlich vorangehen. Nachdem das marode Einkaufszentrum aus den siebziger Jahren immer mehr verödete, Läden zunehmend leer standen und allein die beiden Bühnen Komödie und Theater am Kurfürstendamm sowie die Dauerausstellung "Story of Berlin" noch etwas Leben in den Komplex brachten, sich wechselnde Eigentümer im vergangenen Jahrzehnt die Klinke in die Hand gaben und ab 2008 die Finanzkrise allen Planungen ein vorläufiges Ende setzte, gibt es nun endlich Zeichen eines Neubeginns. Natürlich wird die Frage der baulichen Gestaltung und der Unterbringung der kulturellen Nutzungen intensiv diskutiert.

Hierzu werde ich am 7. Mai um 19 Uhr eine öffentliche Veranstaltung im 21. Stock des Hochhauses im Kudamm-Karree durchführen, zu der ich Sie herzlich einladen möchte – es lohnt nicht nur wegen des grandiosen Ausblicks über die gesamte Stadt! Lesen Sie die Einzelheiten hierzu in dem Veranstaltungshinweis auf S. 2 und im Artikel auf S. 3!



Bauen in Berlin bedeutet aber vor allem auch Wohnungsbau. Unsere Stadt wächst endlich wieder – im Schnitt um 40.000 neue Bewohnerinnen und Bewohner jährlich. Dies ist Zeichen ihrer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und zunehmenden Anziehungskraft in den vergangenen zehn Jahren. Doch natürlich stellt diese Verjüngung Berlin auch vor völlig neue Herausforderungen – Wohnungen zu schaffen, aber auch Kitas, Schulen und andere Einrichtungen sowie eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Entscheidend für die Berliner SPD ist hierbei die soziale Ausgewogenheit. Es darf nicht sein, dass der Zuzug zur Verdrängung von alteingesessenen Berlinerinnen und Berlinern führt, ganze Stadtquartiere unbezahlbar werden und nur die von der schwarz-gelben Bundesregierung gehätschelten Immobilienbesitzer davon profitieren. Lesen Sie im Mittelteil dieser Zeitung, welche Antworten die SPD sowohl in Berlin als auch auf Bundesebene zu den entscheidenden Fragen des bezahlbaren Wohnraums bietet!

Es wünscht Ihnen in diesem Sinne einen wunderschönen Frühling

Ihr

Wahlkreisabgeordneter

Frank Jahnke

Diskussion zur Zukunft der Bezirke

BaföG-Amt geschlossen, Elterngeldstelle mit monatelangen Wartezeiten; Investitionsstau an den Schulen, in den Krankenhäusern, bei den Kitas, Schwimmbädern und den Straßen. Land und Bezirke sind seit Jahren „strukturell unterfinanziert“, was eine breite Diskussion in der SPD ausgelöst.

Im letzten Jahrzehnt wurden die Ausgaben preisbereinigt um ¼ gesenkt.

In den kommenden Monaten wird in den Bezirken und im Land der Haushalt für das Jahr 2014/2015 aufgestellt. Unter dem Titel „Zukunft der Bezirke unter der Schuldenbremse“ fand am 19. Februar 2013 im Rathaus Charlottenburg eine gemeinsame Veranstaltung dreier Abteilungen der Charlottenburger SPD statt: Zur Diskussion eingeladen waren: Reinhard Naumann, Bezirksbürgermeister, sowie Clara West, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus, zuständig für Bezirksfinanzen im Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses.

Was gebraucht wird, so Reinhard Naumann, ist die ausreichende und ordentliche Ausfinanzierung der Bezirke selbst. Von den 12 Bezirken sind 6 notleidend und vier sind reine „Konsolidierungsbezirke“, also überschuldet.

Der Senat verlangt immer wieder neu, dass die „Bezirke nachsitzen“ und weitere Sparmaßnahmen vorschlagen, die im Gegensatz zu früher allerdings inzwischen „in die Substanz“ gehen. Das „normale Funktionieren“ der Verwaltung ist bedroht. Reinhard Naumann kritisierte insbesondere, dass die neu eingeführte Kosten-Leistungs-Rechnung einen Dumping-Prozess nach unten festschreibt. Es werden die Kosten für „Produkte“ für alle Bezirke ermittelt, und der Senat ersetze nur die Durchschnittskosten. „Aber es sind nicht überall die gleichen Bedingungen“. Die Beschäftigten arbeiten wegen des Personalabbaus schon heute an der Grenze der Leis-

tungsfähigkeit. In Naher Zukunft werden Zehntausende Beschäftigte ausscheiden.

Bezogen auf die derzeit laufenden Ausgliederungen im Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf meinte Reinhard Naumann, dass die SPD nicht einerseits von Rekommunalisierung sprechen kann, während gleichzeitig von den Bezirken eine Ausgliederung an freie Träger und Privatisierungen erzwungen wird. Damit wird sozialdemokratische Politik unglaubwürdig.

Clara West stellte für das Land Berlin fest, dass nicht nur die Bezirke, sondern auch das Land Berlin unterfinanziert sei. Die Schuldenbremse, die gegen den Widerstand Berlins im Grundgesetz verankert worden sei, würde das verlangen. Dabei sei für alle klar, dass in den Bereichen Bildung und bei den Bezirken nicht länger gespart werden könne.

„Die harten Zeiten der Schuldenbremse kommen erst noch“, so Clara West. Sie wies gleichzeitig auf die 2,5 Mrd. € jährliche Zinszahlungen an die Banken hin.

Berlin, seine Bürgerinnen und Bürger, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Erwerbslosen, die Rentnerinnen und Rentner und Jugend brauchen die Verteidigung und Wiederherstellung der Öffentlichen Daseinsvorsorge und die Sicherstellung der Ausfinanzierung der sozialen und kulturellen Infrastruktur des Landes und der Bezirke. Gemeinsam mit den Beschäftigten und den Bürgern treten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für einen Kurswechsel ein, um die zerstörerische Sparpolitik unter dem Gebot der Schuldenbremse, wie sie die Regierung Merkel allen Ländern und Kommunen aufzwingt, zu überwinden.

Gotthard Krupp

„Wie geht es weiter mit dem Kudamm-Karree und den Kudamm-Theatern?“

Diskussionsveranstaltung am **7. Mai 2013, 19 – 21 Uhr.**

mit **Ralph Bock** (Projektleiter, Ballymore), **Marc Schulte** (Baustadtrat Charlottenburg-Wilmersdorf), **Martin Woelffer** (Direktor der Kudamm-Bühnen) **Ulker Radziwill, MdB** (Bundestagskandidatin),
Moderation: **Frank Jahnke, MdB**

im **21. Stock des Hochhauses am Kudamm-Karree, Kurfürstendamm 206 – 209.**

Neue Planungen für das Kudamm-Karree

Das Kudamm-Karree, eine Einkaufspassage am mittleren Kurfürstendamm mit weiteren Ausgängen zur Uhlandstr., Knesebeckstr. und Lietzenburger Straße sowie zurückgesetztem Hochhaus, wurde Anfang der siebziger Jahre durch die Architektin Sigrid Kressmann-Zschach errichtet, die auch andere, heute eher problematische Immobilien in Berlin hinterlassen hat (z.B. den Steglitzer Kreisel). Hierbei wurden die beiden bis dahin freistehenden Theater

Komödie und Theater am Kurfürstendamm als jeweils eigenständige Baukörper in den neu entstehenden Komplex des Kudamm-Karrees integriert. Beide stammen im Kern noch aus den zwanziger Jahren, sind Werke des renommierten Theater-Architekten Oskar Kaufmann und stehen auch unter einer gemeinsamen Intendanz, seit der legendäre Regisseur Max Reinhardt Ende der zwanziger Jahre beide Häuser unter seiner Hoheit vereinte. Nach dem Machtantritt der Nazis musste Max Reinhardt Deutschland verlassen, weil er als Jude hier keine Wirkungsmöglichkeit mehr fand. Es waren Hans Wölffer und danach sein Sohn Jürgen Wölffer, die die beiden Theater in nicht einfacher Zeit fast ununterbrochen betrieben, über den 2. Weltkrieg retteten und sie nach dem Wiederaufbau zu einem unverzichtbaren Teil des Theaterlebens im Westteil Berlins werden ließen. Heute leitet Martin Woelffer die Theater in dritter Generation

Ende der neunziger Jahre plante die damalige Eigentümerin des Kudamm-Karrees, die DB Real Estate, ein Tochterunternehmen der Deutschen Bank, einen vollständigen Umbau des mittlerweile doch recht unansehnlichen 70er-Jahre-Gebäudekomplexes, bei dem für die beiden Theater kein Platz mehr war. Hiergegen regte sich mannigfaltiger Protest. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit ließ gegenüber dem Vorstand der Deutschen Bank keinen Zweifel daran, dass das führende deutsche Geldinstitut auch eine allgemein politische Verantwortung besitzt, die über die reine Kapitalverwertung hinausgeht.



Der in die Jahre gekommene und verbaute Komplex des Kudamm-Karree heute

Daraufhin zog sich die DB Real Estate im Dezember 2006 zurück, verkaufte das Kudamm-Karree an ein Tochterunternehmen der amerikanischen Fortress-Gruppe, die es bereits 2007 an die irische Gesellschaft Ballymore Properties weiter veräußerte. Nicht zuletzt aufgrund des massiven Drucks der Berlinerinnen und Berliner, der Politik und der

Presse, die eine Auslöschung der Bühnen verhindern wollten, beauftragte Ballymore schließlich den britischen Star-Architekten David Chipperfield mit einer Planung für das Kudamm-Karree mitsamt Theater. Chipperfields erster Entwurf, der im Kern Gefallen bei den beteiligten Behörden gefunden hatte, sah die Verlegung des Haupteingangs in die den Boulevard kreuzende Uhlandstraße vor. Theaterdirektor Martin Woelffer sagte hierzu: "Wir haben eine Vereinbarung über ein Theater am Kurfürstendamm, nicht an der Uhlandstraße."

Im jetzt überarbeiteten Entwurf liefert David Chipperfield das Konzept für ein modernes, zeitgemäßes Gebäude mit offener Durchwegung des Komplexes vom Kurfürstendamm zur Uhlandstraße und einem kleinen Platz in der Mitte, der auch das bisher versteckt liegende Hochhaus einbezieht und die beiden Kudamm-Bühnen in nunmehr einem Theater mit 650 Sitzplätzen unterbringt. Dessen Gestaltung lehnt sich an das von dem bekannten Theaterarchitekten Oskar Kaufmann entwickelte ranglose Saaltheater an und wird die Besucher künftig in historischem Ambiente empfangen, so dass die historischen Originale zwar nicht erhalten, aber immerhin würdig im Originalstil ersetzt werden. Auch der Eingang wird - entgegen zwischenzeitlich anders lautender Planungen- vom Kurfürstendamm aus zugänglich sein, so dass den Berlinerinnen und Berlinern zwar in veränderter, aber nicht minder würdigen Form „ihre“ Spielstätte am Kudamm erhalten bliebe.

Alle reden vom Wohnen – die Berliner SPD redet nicht nur, sie tut was dafür!

Wohnen ist ein Grundbedürfnis! Und es wird in städtischen Ballungsräumen immer schwieriger, dieses Bedürfnis zu befriedigen, denn Wohnraum wird knapper und immer teurer. Da liegt Berlin leider voll im Trend mit Metropolen wie München, Hamburg, aber auch London und New York. Wenn es um das Wohnen geht, will Berlin diesen Metropolen nicht folgen, denn in unserer Stadt soll das Wohnen auch weiterhin für alle Einkommensschichten und Generationen in einem guten Miteinander möglich bleiben. Diese Berliner Mischung muss gerade auch in den angesagten Innenstadtbezirken, wie die City-West erhalten werden, denn hier baut sich ein besonders starker Druck im Mietwohnungsmarkt auf. Die Ursachen dafür sind vielschichtig: bei der Wiedervermietung können offensichtlich Mietsteigerungen von 30%, im Einzelfall bis zu 50% durchgesetzt werden – damit wird eine Mietpreisspirale in Gang gesetzt, die auch die Bestandsmieten befeuert. Zudem werden immer mehr Wohnungen gebraucht, denn Berlin ist schon jetzt Hauptstadt der Singles, die mehr und kleiner und damit bezahlbare Wohnungen brauchen.

Der Bedarf an Wohnraum wird sich in Zukunft aber noch deutlich erhöhen. Die aktuelle Bevölkerungsprognose des Senats nimmt an, dass Berlin um rd. 40.000 Menschen pro Jahr wachsen wird und bis 2025 einer Zunahme um rd. 239.000 Einwohner erreichen wird, was der Einwohnerdimension von Aachen oder einem 13. Bezirk entsprechen würde – Berlin wird also eine deutlich wachsende Stadt sein. Neben dem Bezirk Pankow, wo mit ca. 16% die größten Zuzüge erwartet werden, wird es auch in allen anderen Bezirken einen Zuwachs geben, der Berlinweit im Durchschnitt etwa 7% betragen wird – auch in Charlottenburg-Wilmersdorf. Damit einher geht der prognostizierte Anstieg der Haushalte um fast 140.000 in selben Zeitraum, was gemäß dem im Entwurf befindlichen Stadtentwicklungsplan Wohnen ein erforderliches Wohnungsneubauvolumen von rd. 137.000 Wohneinheiten bedingt. **Berlin braucht**

also jetzt wie auch in Zukunft mehr Wohnungen und die sollen auch noch bezahlbar sein!

Die Berliner SPD hat im Koalitionsvertrag für eine neue, zukunftsweisende Wohnungspolitik die entscheidenden Weichen gestellt. Eine besondere Rolle kommt dabei den sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften zu, die, wie ihr Name schon sagt, wieder Wohnungen bauen sollen und zwar bis 2016 rd. 30 000 und bis 2025 um rd. 50.000. Damit würde sich der landeseigene Bestand auf mindestens 300.000 Wohnungen in den nächsten drei Jahren erhöhen. Die ersten Spatenstiche für diese neue Wohnungsbauoffensive sind bereits getan, denn am 18. März `13 hat die landeseigene Degewo, nach zehn Jahren Pause wieder mit dem Neubau von den ersten 52 Wohneinheiten an der Waldsassener Straße in Berlin-Marienfelde begonnen und weiter sollen folgen.

Zu Anfang des Jahres haben Klaus Wowereit, Jan Stöß und Raed Saleh in ihrem gemeinsamen Strategiepapier Berlin „Stadt des Aufstiegs“ die Frage des sozial gerechten Wohnens in der Stadt zu einer Kernfrage gemacht und haben damit auch bundesweit Beachtung dafür geschaffen, dass das Mieten- und Wohnthema entscheidend sein wird für das Zusammenleben und das Funktionieren in einer Metropole. Stichworte sind dabei u.a. Mietbündnisse für bezahlbare Mieten, sozialverträgliches Mietrecht, Zweckentfremdungsverbot, das u.a. die Umwandlung von Mietwohnung in Ferienwohnungen unterbinden soll, Rechtsicherheit des Mietspiegels und eine neue Liegenschaftspolitik zu Gunsten von bezahlbarem Wohnungen.

Auf Initiative von Michael Müller, dem Senator für Stadtentwicklung und Umwelt, der zuständig für diese neue Wohnungspolitik ist, hat der Berliner Senat im letzten Herbst den Fahrplan „Gut, sicher und preiswert Wohnen – Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbares Wohnen“ für eine neue Wohnungspolitik beschlossen, der auf fünf Bausteinen fußt:

- Mehr Wohnungen
- Liegenschaftspolitik und Wohnungsbau
- Bestandserweiterung durch Zukauf von Wohnungen
- Studentisches Wohnen
- Mietenpolitik,

die sich insbesondere an die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften richten.

Gerade der Baustein „Mietenpolitik“ umfasst dreizehn Einzelmaßnahmen, wie z.B.

– **Beschränkung von Mieterhöhungen für alle Haushalte**

Heute können die Bestandsmieten in drei Jahren um bis zu 20% angehoben werden, sofern der Mietspiegel dies zulässt. Gleichwohl werden die Mieten bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften in vier Jahren um nicht mehr als 15% erhöht.

– **Miete nach Modernisierung**

Die Bestandsmiete nach einer Modernisierung wird sich im Rahmen des Mietspiegels plus der durch die Modernisierung erzielten Betriebskosteneinsparung bewegen. Die Wohnungsbaugesellschaften werden die Modernisierungsumlage von 11% jährlich der aufgewandten Kosten auf maximal 9% senken.

– **Mietbegrenzungen bei Wiedervermietung**

Die städtischen Wohnungsgesellschaften bieten Wohnraum für breite Bevölkerungsschichten an. Sie orientieren sich bei Wiedervermietungen an der ortsüblichen Vergleichsmiete und dämpfen so die Entwicklung des Berliner Mietspiegels.

– **Mieterhöhung: Verhältnismäßigkeit von Haushalt, Einkommen, Wohnungsgröße und Miethöhe**

Die Nettokaltmiete soll im Einzelfall nach erfolgter Mieterhöhung 30 Prozent des vollständigen, nachzuweisenden Haushaltsnettoeinkommens nicht übersteigen,

die sich nach der jetzigen Rechtslage vorrangig nur auf die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften anwenden werden lassen, denn diese Mietregelungen basieren auf Bundesgesetzgebung, die nicht einfach so durch Landesregelungen, z.B. durch einen Beschluss des Senats oder des Berliner Abgeordnetenhauses geändert

werden können. Hier ist eine Änderung der Mietpolitik auf Bundesebene gefragt, die aber mit der jetzt regierenden schwarz-gelben Bundesregierung kaum vorstellbar ist. Eine sozialere und damit zukunftsfähigere Mietpolitik ist nur mit einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung möglich. Der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat bei seiner Klartextdiskussion am 3. April `13 im Tempodrom klar gemacht, dass bezahlbarer Wohnraum eines der wichtigsten Themen im anstehenden Bundestagswahlkampf sein wird. Das war keine rein rhetorisch-theoretische Aussage, sondern hatte einen ganz konkreten Berlinbezug, denn vorher hat Peer Steinbrück sich in Begleitung der SPD-Wahlkreiskandidatin Cansel Kiziltepe aus Friedrichshain-Kreuzberg von der Berliner Wohnungs- und Mietsituation vor Ort im Kiez überzeugen können.

Druck macht auch die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Der Tagesspiegel schreibt so am 19. 3.13: „...Auch die Sozialpolitikerin und Co-Chefin der SPD-Fraktion, Ülker Radziwill, drängt auf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für einkommensschwache Gruppen. „Diese Menschen haben einen Rechtsanspruch auf Wohnen“, aber auf dem Markt fänden sie keine günstigen Wohnungen.“ Nebenbei bemerkt, Ülker Radziwill aus Charlottenburg-Wilmersdorf ist ebenfalls SPD-Wahlkreiskandidatinnen für die nächste Bundestagswahl. Im Falle ihrer Wahl könnte sie dann direkt im Deutschen Bundestag die Belange der Mieter und Mieterinnen vertreten und damit eine neue, sozialere Mietpolitik auf den Weg bringen.

Es hängt also am 22. September 2013 sehr viel davon ab - auch für die Mietpolitik -, dass bei der Wahl zum Deutschen Bundestag eine sozialdemokratische geführte Bundesregierung möglich wird. Das kann nur gelingen, wenn sowohl Peer Steinbrück als Kanzlerkandidat als auch die SPD-Wahlkreiskandidatin für Charlottenburg-Wilmersdorf Ülker Radziwill erfolgreich sein werden.

*Heike Stock
Vorsitzende der KuDamm-Abteilung der SPD-
Charlottenburg-Wilmersdorf*

Klaus Schütz – Wegbereiter und Nachfolger Willy Brandts

Zehn Jahre alt ist Klaus Schütz, als er als Sohn eines Rechtsanwalts aus Heidelberg nach Berlin zieht. Die Stadt wird ihn nicht mehr loslassen. Noch vor Ende der Schulzeit wird er eingezogen, wenige Tage vor Kriegsende in Italien so schwer verwundet, dass sein rechter Arm gelähmt bleibt.

Nach dem Abitur am Paulsen-Gymnasium in Steglitz 1946 beginnt Schütz mit dem Studium der Geschichtswissenschaften und der Germanistik an der Universität Berlin – Unter den Linden. Zugleich tritt er in die SPD ein. Bereits ein Jahr später wird er Kreisvorsitzender der Falken in Wilmersdorf und bleibt dies, bis er 1949/50 ein Jahr in Harvard studieren darf. Unmittelbar nach seiner Rückkehr wird der Student an der neu gegründeten Freien Universität 1951 Landesvorsitzender der Jungsozialisten und damit Mitglied im SPD-Landesvorstand. Ebenfalls wird er Assistent im Fachbereich Politische Wissenschaften an der FU. In dieser Zeit lernt Schütz den ihn sehr beeindruckenden Mann an Ernst Reuters Seite näher kennen und schätzen – Willy Brandt, Kreisvorsitzender in Wilmersdorf. Brandt fördert den jungen Studenten und macht ihn 1953 zu seinem Nachfolger als Kreisvorsitzender.

Nunmehr strebt Klaus Schütz auch öffentliche Ämter an. Bereits ein Jahr später wird er Mitglied im Abgeordnetenhaus, drei weitere Jahre später Berliner Vertreter im Deutschen Bundestag. Schütz ist gerade 28 Jahre alt. Als Kernvertreter des „Pfeifenclubs“ setzt er insbesondere zusammen mit Kurt Neubauer in der Berliner SPD alles daran, den Linken Franz Neumann abzulösen und Brandt den Weg zu ebnen. Dabei geht Schütz systematisch vor. Für jeden Parteitagsdelegierten wird eine Karteikarte angelegt, um jeden einzeln von Brandts Weg überzeugen zu können. Dies gelingt, als Brandt 1957 Regierender Bürgermeister und 1958 Landesvorsitzender der SPD wird. Bald werden die weiteren Ambitionen von Willy Brandt klar. Schütz beobachtet den Wahlkampf Kennedys, um die modernen Methoden zu übertragen. Er erfindet den Begriff des Kanzlerkandidaten und leitet den Wahlkampf Brandts. Damit wird Schütz Teil der „Heiligen Familie“, die aus Brandt, Schütz, Bahr, dem damaligen Leiter des Presse und Informationsamtes und späteren Leiter der Politischen Abteilung in der Senatskanzlei sowie Albertz, dem Chef der Senatskanzlei, besteht.



Schütz wird 1961 mit 35 Jahren Senator für Bundesangelegenheiten und Post- und Fernmeldewesen. In seine Zeit als Senator fällt das von Horst Korber ausgehandelte Passierscheinabkommen. Als Brandt 1966 Außenminister wird, wird Schütz sein Staatssekretär im Auswärtigen Amt und beschäftigt sich weiter mit der Ostpolitik. Aber schon nach kurzer Zeit muss Albertz als Nachfolger von Brandt als Regierender Bürgermeister inmitten der Studentenunruhen nach Ohnesorgs Tod zurücktreten. Brandt erklärt, „...wenn die Berliner den Schütz haben wollen, können sie ihn bekommen“. So wird Schütz in schwieriger Zeit Regierender Bürgermeister. „Brecht dem Schütz die Gräten, alle Macht den Räten!“ skandieren die Studenten und verletzen den jungen Regierenden damit persönlich tief.

Doch bei der Abgeordnetenhauswahl 1971 erhält die über 50 % der Stimmen und regiert fortan allein. Schütz hofft, auch den linken Parteiflügel um Ristock einzubinden, was aber kaum gelingt. Immerhin können mit dem Viermächte-Abkommen über Berlin und dem Verkehrsvertrag deutschlandpolitische Erfolge erzielt werden.

Als aber Mitte der 70er Jahre die „Filzokratie“ mit mehreren Finanz- und Bauaffären um sich greift, ist nach 10 Jahren für Schütz seine Zeit als Regierender Bürgermeister beendet. Frustriert gibt er das Regierungsamt 1977 an den 39-jährigen Dietrich Stobbe ab. Im Folgejahr übergibt er ihm auch den Landesvorsitz, den er seit 1968 innehatte.

Schütz kehrt auf die diplomatische Bühne zurück und wechselt auf den ebenso sensiblen wie heiklen Posten des deutschen Botschafters in Israel. Hier wird er Zeuge des historischen Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten.

Nach 1981 folgen noch Stationen bei der Deutsche Welle als Intendant, als Direktor bei der Landesanstalt für Rundfunk und NRW und als Präsident des Berliner DRK. Der Wegbereiter Willy Brandts hat einen bemerkenswerten eigenen Weg hinter sich gebracht, als er am 29. November 2012 an einer Lungenentzündung im Kreise seiner Familie stirbt.

Joachim Wagner

Petra Merkel, MdB • Petra Merkel, MdB • Petra Merkel, MdB •

Liebe Charlottenburgerinnen, liebe Charlottenburger,

ich wünsche Ihnen einen schönen Start in die wärme Jahreszeit. Die nächsten Monate werden sehr spannend werden, die Bundestagswahl im Herbst steht an und mit ihr hoffentlich ein Regierungs- und Politikwechsel. Ich habe mich nach langer Überlegung entschieden, nicht mehr für den Bundestag zu kandidieren. Trotzdem werde ich das nächste halbe Jahr noch für Sie da sein, Ansprechpartnerin sein, auf Veranstaltungen und in Bürgersprechstunden. In „meinem“ Wahlkreis wird Ülker Radziwill um Ihre Stimme werben. Sie ist eine hervorragende Kandidatin für den Deutschen Bundestag. Sicherlich wird sie Ihnen in der nächsten Zeit öfter begegnen und Sie können sich ein eigenes Bild von ihr machen.

Miteinander der Generationen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich mit ihrem Projekt Zukunft damit befasst, welche Bereiche in Zukunft wichtig werden und in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Eine Projektgruppe befasste sich so mit einem Thema, das jeden von uns betrifft: Miteinander der Generationen. Sprecher dieses Projektes Generationengerechtigkeit ist Franz Müntefering, MdB, Bundesminister a.D.. Ich freue mich sehr, dass ich ihn als Referent zu einer Veranstaltung gewinnen konnte.

Gerne lade ich Sie zu dieser Veranstaltung ein:

„Demografischer Wandel - Ältere – Taktgeber der alternden Gesellschaft“
am 24. Juni 2013, um 12.00 Uhr
 im **Sozialwerk Berlin e.V.**, Humboldtstr. 12, 14193 Berlin.

Meine Kollegin Eva Högl, MdB, und ich freuen uns sehr, dass Franz Müntefering als Referent zur Verfügung steht und mit uns und Ihnen diskutieren wird. Ülker Radziwill, MdB, wird die Berliner Perspektive erläutern. Wenn Sie teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte an unter: petra.merkel@bundestag.de oder telefonisch 227 77262.

Bürgersprechstunden

Die nächsten Bürgersprechstunden finden statt im Wahlkreisbüro in der Goethestraße 15 am:

Dienstag, den 7. Mai 2013 15.00 bis 17.00 Uhr

Montag, den 17. Juni 2013 15.30 bis 17.30 Uhr

Bitte melden Sie sich per Mail petra.merkel@wk.bundestag.de oder telefonisch unter 313 88 82 an.

Ich freue mich darauf, Sie bei der einen oder anderen Gelegenheit zu treffen. Wenn Sie Interesse an einem Termin in meiner **Bürgersprechstunde**, einem **Besuch im Bundestag** oder einer **Politischen Ganztagesfahrt** durch Berlin haben, melden Sie sich doch bei mir. Aktuelle Informationen finden Sie auch auf meiner Homepage www.petra-merkel.de, dort können Sie auch meinen **Newsletter** abonnieren. Auch auf **facebook** finden Sie mich!

Ihre



Petra Merkel, MdB

Bundestagsabgeordnete für

Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf

Wahlkreisbüro **GOETHE 15**

Goethestraße 15, 10625 Berlin,

Telefon: 313 88 82, Fax: 318 001 68

E-Mail: petra.merkel@bundestag.de

Homepage: www.petra-merkel.de

Öffnungszeiten:

Montag 12 – 16 Uhr

Dienstag 12 – 16 Uhr

Mittwoch 10 – 14 Uhr

Donnerstag 10 – 14 Uhr

Wussten Sie schon?

An dieser Stelle möchte ich über Straßen und ihre Namensgebung informieren:

Heute: Zillestraße

Alter Name: **Wallstraße** etwa um 1720 angelegt (bis 1933), auch Zirkulationsstraße genannt. Sie ersetzte mit der Rosinenstraße (Loschmidtstraße) die fehlende Stadtmauer. An den wenigen Zugängen zur Stadt wurde die Accise, eine Verbrauchssteuer auf alle

in die Stadt eingeführten Waren, erhoben.

Von 1933 bis 1947 hieß sie **Maikowskistraße**.

Heute verläuft die **Zillestraße** von der Otto-Suhr-Allee über Richard-Wagner-Straße und Kaiser-Friedrich-Straße bis zur Schloßstraße.

Sie trägt seit 01.07.1947 den Namen des Grafikers und Zeichners Rudolf Heinrich Zille geboren am 10.01.1858 in Radeberg, gestorben am 09.08.1929 in Berlin, wo er bis zu seinem Tode in Charlottenburg wohnte. Zille ist der wohl bekannteste Zeichner Berlins, der mit dem volkstümlichen Humor das Leben ("Milljöh") der Armenviertel Berlins darstellte.

Denkmalschutz Mietshaus Nr. 71 1895/96 von Hermann Günther und F. Langner.

Gedenktafel befindet sich am „Haus der Jugend Charlottenburg“ Nr. 54 **Charlottenburger Gegner des Nationalsozialismus**

Stolperstein befindet sich vor folgendem Haus:

Nr. 39 Helmut Wagner

Jürgen Behrend

Sprechstunde:

Frank Jahnke,

Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Siehe: www.frank-jahnke.de,

oder Aushang im Wahlkreisbüro

Goethestr. 15 sowie nach telefonischer Vereinbarung.

Tel./Fax: 030-313 88 82

bzw. per E-Mail:

frank.jahnke@spd.parlament-berlin.de

Anzeige:

LAVANDEVIL



*Restaurant
&
Kneipe*

Öffnungszeiten: Mo - Sa 11⁰⁰ - 1⁰⁰ Uhr

Sonn- und feiertags geschlossen

Tel.: 030/3429950 • Fax: 030/3429951

Schustehrstraße 3 • 10555 Berlin

direkt am U-Bhf Richard-Wagner-Platz

SPD-Vor Ort:

Herausgeber: Frank Jahnke; MdA;

Abt 7/2 & 7/6 & 7/7 der SPD Charlottenburg;

Joachim Wagner, Gotthard Krupp; Heike Stock

V.i.S.d.P.: Frank Jahnke; Goethestr. 15; 10623 Berlin